

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

126 (23.10.1947)

# Was geschieht in Frankreich?

**Kombinationen nach der Wahl**  
Bad Nauheim, 22. Okt. (Dena) Mit 40 Prozent der Stimmen haben die Kommunisten General de Gaulles bei den am Sonntag abgehaltenen französischen Gemeindevahlen einen zumindest in diesem Ausmaß unerwarteten Sieg errungen, und damit einen starken und entscheidenden Gegenpol zu den Kommunisten geschaffen. Von 20 Prozent ihrer Stimmenanteile behielten und zum anderen zweiten rangierten. Obgleich das Gesamtergebn erst in einigen Tagen bekannt wird, dürfte sich das Stimmverhältnis kaum mehr wesentlich ändern.

Durch den Sieg der Gaullisten taucht die Frage auf, ob die augenblicklich amtierende französische Regierung weiterhin im Amt bleiben wird. Das Kräfteverhältnis in der Nationalversammlung, die der Regierung vertrauen absprachen, ist nicht ohne weiteres gleich geblieben. Die Mehrheit der neuen Bürgermeister und Gemeindevorstehermitglieder allerdings dürfte der Volkspartei angehören, wobei in Paris mit einem gaullistischen Bürgermeister gerechnet werden kann, da über die Hälfte der Sitze auf diese Union entfallen. Ein Mitarbeiter der Gaullisten hat bereits erklärt, der General werde nicht ohne eine Volksabstimmung an der Regierung teilnehmen.

Das endgültige Wahlergebnis in Paris bezieht sich laut Dena wie folgt: Volkunion de Gaulles 54,49 Prozent, Kommunisten 26,85 Prozent, bei den Wahlen im November 1945 22 Prozent. Bei den Wahlen vom 1. November 1947 13,2 Prozent, MRP 6,2 Prozent, im November 1946 23,8 Prozent. Anderer: 3,37 Prozent. Die abgegebenen Stimmen verteilten sich folgendermaßen: Gaullisten: 657 748, Kommunisten: 324 129, Sozialisten: 163 889, MRP: 75 286, Anderer: 657.

## Rücktritt des franz. Kabinetts

Paris, 22. Okt. (Dena) Die französischen Minister haben am 22. d. Mts. dem französischen Premierminister ihren Rücktritt überreicht, um sich im Ministerrat verabschieden zu lassen. Die Minister haben dem Kabinett so neu zu formen, wie er es für wünschenswert halte.

## Kommunique der Ministerpräsidenten

**Stellungnahme zur Demontageliste — Auch der Wirtschaftsrat wird sich äußern**  
Wiesbaden, 22. Okt. (Dena) Zum Abschluss der Ministerpräsidenten-Tagung wurde am 22. d. Mts. folgendes Kommuniqué herausgegeben:

Die Ministerpräsidenten des britischen und amerikanischen Besatzungsgebietes und der Bürgermeister von Bremen und Hamburg waren mit ihren Wirtschafts- und Arbeitsministern am 22. Oktober 1947 in Wiesbaden, um die durch die Übergabe des Demontagelanes geschaffene Lage zu erörtern. Nach dem Austausch von Meinungen der Wirtschaftsminister und des Wirtschaftsrates und des Ausschusses beendeten sie ihre Beratung mit der einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse:

- Bei den befohlenen Demontagen handelt es sich nicht um einen wirtschaftlichen Organismus und die Substanz des deutschen Wirtschaft eingreifen und schwerwiegende materielle, außenpolitische und psychologische Folgen nach sich ziehen. Die angeordneten Maßnahmen stellen einen einseitigen Akt der beiden Militärregierungen dar, bei dem keine deutsche Beteiligung besteht. Die Verantwortung für den befohlenen Demontageplan trifft somit ausschließlich die Besatzungsmächte.
- Die Verpfändung des deutschen Volkes, die dem Wirtschaftsrat zu leisten und der Wirtschaft für eine friedliche Entwicklung zu geben, wird anerkannt. Die Wiedergutmachung darf aber das Leben des Volkes und die geistige und wirtschaftliche Erziehung Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker nicht gefährden.
- Die Besatzungsmächte haben erklärt, daß die Lösung des Reparationsproblems einer Erhöhung der europäischen Wirtschaft den Weg nicht verbarren werde. Hiermit steht der Demontageplan im Widerspruch zu dem, was die Besatzungsmächte in der gemeinsamen Erklärung der vier Besatzungsmächte im Juli 1946 vereinbart haben.
- Die Ministerpräsidenten haben den Direktor der Verwaltung für Wirtschaftsfragen gebeten, gemeinsam mit den Wirtschafts- und Arbeitsministern der Länder der Besatzungsmächte eine Untersuchung über die dem Demontageplan zusammenhängenden Fragen durchzuführen. Die mit den Militärregierungen geführten Verhandlungen werden in voller Übereinstimmung aller Länder erfolgen.

## Im Telegrammstil

Washington, 22. Okt. (Dena) Der oberste Gerichtshof der USA lehnte am 20. d. Mts. das Gesuch des ehemaligen Generaldirektors der Postverwaltung, Edward M. Clegg, ab, das gegen ihn verhängte Urteil des Militärgerichtshofes einer Revision zu unterziehen. (Dena-INS)

Washington, 22. Okt. (Dena) Präsident Truman hat zum zweiten Male die republikanischen und demokratischen Leiter des Kongresses für den 23. d. Mts. zu einer Konferenz im Weißen Haus einladen, um die Übergangsphase für Europa zu erörtern. (Dena)

Washington, 22. Okt. (Dena) Der amerikanische Generalmajor Dwight D. Eisenhower forderte am 21. d. Mts. eine allgemeine militärische Ausbildung in den USA als „Verpflichtung gegen die Vereinigten Staaten durch Krieg“. (Dena-INS)

Santiago de Chile, 22. Okt. (Dena) Die chilenische Regierung gab am 21. d. Mts. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zur Tschechoslowakei bekannt. (Dena-Reuter)

London, 22. Okt. (Dena) Der ständige Leiter des französischen Außenministeriums, Jean Chauvin, hatte am 20. d. Mts. mit Außenminister Bevin und dem ständigen Leiter des britischen Außenministeriums, Sir George Sargant, eine Unterredung, während der die angenommenen, wichtigen Fragen über Deutschland, einschließlich der Ruhrkohlenproduktion und des deutschen Friedens-Vertrages erörtert wurden. (Dena-Reuter)

London, 22. Okt. (Dena) Das britische Außenministerium gab am 20. d. Mts. die Ernennung von Sir Oliver Charles Harvey zum Nachfolger des britischen Botschafters in Paris, Alfred Durr Cooper, bekannt. (Dena-Reuter)

London, 22. Okt. (Dena) Die britisch-sowjetischen Handelsbesprechungen sollen am kommenden Wochenende in Moskau wieder aufgenommen werden, meldet „Daily Express“. (Dena-INS)

Warschau, 22. Okt. (Dena) Die polnische Regierung gab am 20. d. Mts. ihre Absicht bekannt, in den nächsten Tagen die Untergrundbewegung fortzuführen, die zur Warschauer Regierung in Opposition steht. Sicherheitspolizei nahm in wachsendem Maße Verhandlungen mit englisch-sowjetischen und amerikanischen Einflüßern und Amerikanern beendend sind. (AP)

Nürnberg, 22. Okt. (Dena) Der frühere Staatssekretär im deutschen Außenministerium und ehemalige deutsche Botschafter in Rom, Hans Georg von Mackensen, starb im Alter von 64 Jahren in der vergangenen Woche in Nürnberg. (AP)



# NEUESTE NACHRICHTEN

## Schon 119 Fabriken für die Alliierten

1 160 000 Mark pro Betrieb veranschlagt - Verhandlungen zwischen Wirtschaftsminister und Militärregierung noch im Gange

Brüssel, 22. Okt. (Dena-Reuter). Insgesamt 119 der in der vergangenen Woche für die völlige oder teilweise Demontage bekanntgegebenen deutschen 682 Fabriken seien bereits alliierten Nationen zugeteilt worden, gab die interalliierte Reparationsbehörde am 21. d. Mts. bekannt. Eine Reihe dieser Fabriken sei bereits abgebaut und aus Deutschland abtransportiert worden. Nach dem Abkommen von Potsdam betriebe der Anteil der Sowjetunion insgesamt 25 Prozent des Gesamtwertes der 682 Werke. Der Rest sollte zwischen den in der interalliierten Reparationsbehörde vertretenen achtzehn Nationen verteilt werden.



„Was die Demontage der Bahnanlagen der Ostzone betrifft, so muß ich diese als einen gewaltigen Fortschritt gegenüber den anderen Zonen bezeichnen. Je weniger Eisenbahnen, um so weniger Verkehrsrückfälle.“

## Interzonen-Konferenz der Gewerkschaften hinter verschlossenen Türen

Bad Pyrmont, 22. Okt. (Dena) Die interzonale Gewerkschaftskonferenz, die am 21. d. Mts. eröffnet wurde, und an der 1000 Delegierte der Gewerkschaftsorganisationen aller vier Besatzungszonen teilnehmen, findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die beiden Vertreter der Dena wurden trotz dringender Vorstellungen nicht zugelassen, sondern nur die Presse. Die Konferenz wird am 23. d. Mts. geschlossen werden.

## Frankfurter Resolution CDU-CSU

Die in Frankfurt am Main anlässlich der Tagung der CDU-Fraktion des Wirtschaftsrates versammelten Parteivorsitzenden der CDU-CSU der britischen und amerikanischen Besatzungszonen, Dr. Adenauer, Köln, Dr. Gercke, Hannover, Heurich, Karlsruhe, Dr. Hilpert, Frankfurt, Dr. Müller, München, haben folgende Entschlüsse gefasst:

- Jeder Parteikandidat oder jede Kandidatin in geheimer Abstimmung in einer Versammlung von Parteimitgliedern oder Delegierten, die von den Parteimitgliedern gewählt wurden, aufgestellt werden. Bei der Aufstellung jeder Kandidatin oder der Kandidatenliste muß das Datum und der Ort der Parteiversammlung, in der die Namhaftmachung erfolgte, angegeben werden, außerdem muß der Wahlvorschlager von zehn Wahlberechtigten, die an der Versammlung teilnehmen, unterschrieben sein.
- Unabhängige oder unparteiliche Kandidaten bzw. Kandidatinnen können ebenfalls aufgestellt werden. Dies muß unter Bedingungen geschehen, die ihnen eine ausreichende Wahlchance geben.
- Die deutschen Behörden können sich für die Wahlentscheidung entscheiden, wenn sie es wünschen. Für das aktive und passive Wahlrecht gelten folgende Bestimmungen:
  - Männer und Frauen haben das gleiche aktive und passive Wahlrecht.
  - Zur Erlangung der Wahlberechtigung genügt ein einjähriger Aufenthalt im Wahlbezirk.
  - Zur Ausübung der Wahl ist die deutsche Staatsangehörigkeit erforderlich. Personen, die vor dem 8. Mai 1945 deutsche Staatsangehörige waren, sind als deutsche Staatsangehörige anzusehen.

## Wirtschaftsminister verhandelt noch

Stuttgart, 22. Okt. (Dena) Das württembergisch-badische Wirtschaftsministerium setzt seine am 17. d. Mts. begonnenen Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung zur Vermeidung großer Härten bei der Demontage fort. Die amerikanische Militärregierung hat bei den Besprechungen bislang großes Verständnis gezeigt.

## Die Verhandlungen mit Holland wurden ergebnislos abgebrochen

Berlin, 22. Okt. (Dena) Die belgisch-holländische Delegation, die zu Verhandlungen über die Benutzung belgischer und holländischer Häfen für Einfuhren in die Bizone vor wenigen Tagen in Berlin eingetroffen war, ist nach mehrstündigen Besprechungen mit Vertretern der britischen und der amerikanischen Militärregierung am 18. d. Mts. wieder abgereist, teilt die amerikanische Militärregierung für Deutschland am Montag mit.

## „Offen gesagt...“ meint Sokolowski

Zur Erklärung General Clays über die Tulpanov-Rede — „Die boshafte Presse“

Berlin, 22. Okt. (Dena). In seiner 72. Sitzung genehmigte und unterzeichnete der alliierte Kontrollrat am 20. d. Mts. das Gesetz Nummer 19 als Zusatz zum Kontrollratsgesetz Nummer 13 „Ergänzung zum Vermögenssteuergesetz“.

Die Sitzung fand unter dem Vorsitz des französischen Oberkommandierenden in Deutschland, General Pierre König, in Anwesenheit des stellvertretenden amerikanischen Militärregierers in Deutschland, General George P. Healy, des stellvertretenden Befehlshabers der britischen Besatzungszonen in Deutschland, General Sir Brian Robertson, und des obersten Chefs der sowjetischen Militäradministration, Marschall Wassili Sokolowski, statt. Marschall Sokolowski nahm in der gleichen Sitzung zu dem Protest Stellung, den General Lucius D. Clay, der amerikanische Militärregierervertreter für Deutschland, am 1. Oktober gegen die Rede des sowjetischen Obersten Tulpanow auf dem SED-Parteikongreß erhoben hatte. Der Protest Clays wurde sich seinerzeit gegen die „hetzerischen Bemerkungen“ des Obersten Tulpanow auf dem SED-Parteikongreß in Berlin, die er als einen „Bruch bestehender Abkommen“ bezeichnet hatte.

Die Antwortnote Sokolowskis hat folgenden Wortlaut: „Nach der Feststellung General Clays über gewisse Teile der Rede des Obersten Tulpanow habe ich mich mit dem Inhalt dieser Rede vertraut gemacht. Obwohl diese Rede nicht offiziell gehalten wurde, fand ich nichts von dem darin, was General Clay hier erwähnt hat. Oberst Tulpanow sprach besonders über die Beziehungen der Sowjetunion zu den amerikanischen Monopolkapitalisten, die General Clay meine Verstellung nach schwerlich verteidigen kann. Oberst Tulpanow sagte und stimmt nicht, was als eine gegen die alliierten Regierungen oder ihre Militärverwaltungen gerichtete Kritik ausgelegt werden könnte. Auf der anderen Seite könnte jeder von uns Teile aus Reden bekannter Politiker und aus Presseveröffentlichungen zitieren, die direkt gegen die eine oder andere der Besatzungsmächte in Deutschland gerichtet sind. Die Sowjetvertreter wären insbesondere in der Lage dies zu tun, um so mehr, als kein einziger Tag vergeht, an dem nicht in der deutschen Presse oder in Reden von Politikern und selbst von offiziellen Stellen der Westzonen und der westlichen Sektoren Berlins entweder offene oder verschleierte Kritik und meist sogar boshafte und verleumderische Erklärungen über die Sowjetunion zu lesen sind. Von den Vermutungen gegen den Sozialismus will ich gar nicht reden.“

„Offen gesagt, ich kann darin nichts Kränkendes erblicken, obwohl ich natürlich immer wieder meine Vertreter angewiesen habe, die ganze Aufmerksamkeit der Vertreter der alliierten Mächte auf diese bedeutsamen Tatsachen zu lenken, was jedoch ohne Erfolg blieb, so daß immer noch die gleichen Zustände herrschen. Ich stimme deshalb vollkommen mit General Clay überein, daß wir alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen sollten, damit sowohl einzelne Angestellten der Militärverwaltungen als auch der von den alliierten Behörden lizenzierten Presse nicht erlaubt werden sollte, was als eine gegen die Alliierten gerichtete Handlung gewertet werden könnte.“

## Neue Wahlbestimmungen für die US-Zone

Die Verantwortlichkeit der deutschen Behörden erweitert US-Militärregierung behält Kontrolle - Die geltenden Bestimmungen für aktives und passives Wahlrecht

Berlin, 22. Okt. (Dena). Neue zusätzliche Wahlbestimmungen für die Städte, Kreise und Gemeinden in der US-Zone wurden in Zusammenarbeit mit der Zivilverwaltung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland vorbereitet.

Nach einer Omgu-Direktive vom 14. Okt. 1947 wird die Verantwortlichkeit der deutschen Behörden bei diesen Wahlen erweitert, wobei allerdings die US-Militärregierung die Beobachtung und oberste Kontrolle beibehält.

Die Omgu-Direktive gibt einen Rahmen für die Gestaltung des Wahlsystems durch die deutschen gesetzgebenden Organe. Das Wahlsystem muß den Vorschriften der Militärregierung hinsichtlich der Einhaltung demokratischer Verfahren entsprechen. So muß beispielsweise:

- Jeder Parteikandidat oder jede Kandidatin in geheimer Abstimmung in einer Versammlung von Parteimitgliedern oder Delegierten, die von den Parteimitgliedern gewählt wurden, aufgestellt werden. Bei der Aufstellung jeder Kandidatin oder der Kandidatenliste muß das Datum und der Ort der Parteiversammlung, in der die Namhaftmachung erfolgte, angegeben werden, außerdem muß der Wahlvorschlager von zehn Wahlberechtigten, die an der Versammlung teilnehmen, unterschrieben sein.
- Unabhängige oder unparteiliche Kandidaten bzw. Kandidatinnen können ebenfalls aufgestellt werden. Dies muß unter Bedingungen geschehen, die ihnen eine ausreichende Wahlchance geben.
- Die deutschen Behörden können sich für die Wahlentscheidung entscheiden, wenn sie es wünschen. Für das aktive und passive Wahlrecht gelten folgende Bestimmungen:
  - Männer und Frauen haben das gleiche aktive und passive Wahlrecht.
  - Zur Erlangung der Wahlberechtigung genügt ein einjähriger Aufenthalt im Wahlbezirk.
  - Zur Ausübung der Wahl ist die deutsche Staatsangehörigkeit erforderlich. Personen, die vor dem 8. Mai 1945 deutsche Staatsangehörige waren, sind als deutsche Staatsangehörige anzusehen.

## Ständige Balkan-Sonderkommission

Die Sowjetunion opponiert — Unterausschüsse für Studium der Palästinafrage — Italienisches Gesuch — Weltsicherheitsrat soll in Indonesien vermitteln — Die UN erhält ihre eigene Flagge

New York, 22. Okt. (Dena-Reuter). Die Vereinten Nationen haben am 20. d. Mts. in drei Abstimmungen über die Wahl des noch ausstehenden nichtständigen Mitgliedes für den Weltsicherheitsrat zu keinem Ergebnis gelangen. Der Präsident der Vollversammlung, Oswaldo Aranha, forderte die Abhaltung weiterer Abstimmungen aufzuschieben. Der tschechoslowakische Delegierte Jan Masaryk gab danach bekannt, er sei von seiner Regierung angewiesen worden, zu erklären, daß die Tschechoslowakei nicht bereit sei, in irgendeiner zukünftigen Kombination — was die Mitgliedschaft beim Sicherheitsrat betreffe — eine Rolle zu spielen.

## USA lehnen Korea-Vorschlag ab

Washington, 22. Okt. (AP). Die Vereinten Staaten haben formell den Vorschlag der Sowjetunion abgelehnt, daß die sowjetischen und amerikanischen Besatzungstruppen gleichzeitig aus Korea zurückgezogen werden sollen.

## Abbruch diplomatischer Beziehungen Brasilien und UdSSR endgültig

Rio de Janeiro, 22. Okt. (Dena). Das brasilianische Außenministerium gab laut AFP am 21. d. Mts. den endgültigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion bekannt.

Wie Dena-Reuter weiter aus Washington meldet, gab das US-Außenministerium am 21. d. Mts. bekannt, daß die USA sich bereit erklärt haben, die brasilianischen Interessen in der Sowjetunion nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Brasilien zu vertreten. Die amerikanische Botschaft in Moskau ist angewiesen worden, die Sowjetregierung über diese Vorkehrung zu informieren.

## Rechtsparteien Norwegens gestärkt

Oslo, 22. Okt. (Dena-Reuter). Mit Ausnahme der Kommunisten haben alle norwegischen Parteien in den Gemeindevahlen am Sonntag einen Stimmenzuwachs verbuchen können, der sich größtenteils zu einer Stärkung der Rechtsparteien ausgewirkt hat. Konservative: 374 Vertreter (letzte Wahlen: 248), Bauernpartei: 419 Vertreter (letzte Wahlen: 294), Liberale: 599 Vertreter (letzte Wahlen: 466), Vereinigte Rechtsparteien: 500 Vertreter (letzte Wahlen: 312), Christliche Volkspartei: 296 Vertreter (letzte Wahlen: 78), Arbeiterpartei: 187 Vertreter (letzte Wahlen: 185), Kommunisten 274 Vertreter (letzte Wahlen: 37).

## Machteinschränkung für Oberhaus

London, 22. Okt. (Dena-Reuter). Premierminister Clement Attlee gab am 21. d. Mts. im Unterhaus bekannt, daß das beabsichtigte Gesetz zur Änderung der Parlamentsakte von 1911 eine Beschränkung der Zeitspanne, für die das Oberhaus ein Gesetzgebungsverfahren durchzuführen kann von zwei auf ein Jahr vorsehe.

Zu Beginn der Debatte wandte sich der stellvertretende Vorsitzende der Opposition Anthony Eden gegen diesen Plan und sagte, er sei nicht gerechtfertigt und durch keine Wahl beschlossen. Nach den Ausführungen Edens kündigte Attlee das Gesetz zur Machteinschränkung des englischen Oberhauses an, gab aber zu, daß die Leitung des Oberhauses „klug und staatsmännisch“ gewesen sei.

## Kominform u. Vierpunkteplan

Deutlicher als durch das Programm der neuen internationalen kommunistischen Organisation, der sogenannten „Kominform“, konnte der Kommunismus seine Haltung gegenüber dem Westen und damit auch Europa nicht kennzeichnen. Wohl nur das Programm verschiedener unbedingter Forderungen auf, deren Verwirklichung die erhoffte Weltdemokratie bringen würde: „Verteidigung der Sache der Demokratie, der nationalen Souveränität und Freiheit und Unabhängigkeit der Länder, keine Versklavung der europäischen und asiatischen Staaten“. Einseitig aber wird diese Programmaufstellung damit, daß die Kommunisten sich als die einzigen Gralswächter der Idee der Demokratie hinstellen. In dieser Tendenz veranlassen sie ein Kennzeichen gegen die westlichen Demokratien, insbesondere die Vereinigten Staaten. Die Kommunisten behaupten „Kriecherei und Diensthabe“ von den französischen Sozialisten und Vertretern der britischen Labour-Party, die zur Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten führe. Indessen ist die Bekundung, des Zusammenarbeitenwollens der westlichen Sozialisten mit den USA keine Äußerung von Imperialismus und Kriecherei, sondern die einfache Anerkennung der Tatsache, daß nur die Vereinigten Staaten fähig sind, Europa in so umfangreichem Maße wie durch den Marshall-Plan Hilfe zu leisten und daß Europa, ohne daß es der „Kriecherei“ bezichtigt zu werden braucht, dieser Hilfe eben dringend bedarf. An dieser Stelle ist festzustellen, daß die Sowjetunion nicht kann keine Beschimpfung und Verdächtigung das geringste ändern.

Kurz nach der Neugründung der Kominform oder Kominform (neuer Name für alte Sache) wurde gemeldet, daß maßgebliche französische Kreise die Bestätigung erhalten hätten, daß die Sowjetunion eine anti-amerikanische Kampagne in ganz Europa angeordnet habe, die durch die kommunistischen Parteiorganisationen auf dem Kontinent durchgeführt werden solle. Es scheint aber, als ob die von der Sowjetunion orientierten Kommunisten bolschewistischen Imperialismus betreiben, der demokratisches Handeln nur für sich selber in Anspruch nimmt. Inzwischen haben die USA durch ihren Landesminister Harriman einen Vierpunkteplan als Gegenmaßnahme bekanntgegeben, der sich erneut für die Wiederaufbau in der Welt mit Hilfe Amerikas und eine Förderung der Begriffe menschlicher Würde sowie der Rechte der kleinen und großen Nationen einsetzt. Harriman erklärte, daß die kommunistische Organisation entschlossen sei, in den Ländern, in denen sie die Herrschaft an sich reißen wolle, jeden Fortschritt auf dem Wege zu einer wirtschaftlichen Gesundung zu untergraben, und er stellte dagegen die Schlussfolgerung fest, daß die kommunistische Waffe muß die Wahrheit sein. An anderer Stelle betonen amerikanische Regierungsstellen gerade im Hinblick auf das deutsche Problem, daß die USA trotz Bekanntheit des Programms der neuen Kominform „ihre Bemühungen fortsetzen werden, um ein Verständnis mit der Sowjetunion einen normalen Friedensvertrag (für Deutschland) zu schaffen“.

## „Ein düsteres Bild“

Der bekannte englische Labour-Abgeordnete Stokes schildert in einem Brief an den „Manchester Guardian“ seine Eindrücke von der Ankunft einer Gruppe deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion. „Eine ausgemergelte, ausgehungerte, zerlumpte Menschennegade habe ich“, so schreibt Stokes, „nie gesehen, die nur für keine richtige Schuhe, einige waren barfuß, einige trugen Pantoffeln oder hatten Lumpen um ihre Füße gewickelt. Was mich in Erstaunen versetzte, ist die Tatsache, daß wir wegen des Zustandes, in dem sich diese Männer befanden, nicht protestieren. Wenn wir nur einen einzigen Mann in einem solchen Zustand, wie sie im Durchschnitt in unserer Zone eintrifften, in die russische Zone zurücksenden würden, so wäre dies sicherlich auf der ersten Seite der „Prawda“ zu lesen. 25 Prozent aller bisher Zurückgekehrten leiden schwer an Hungererkrankungen, das Drittel der übrigen tragen deutliche Merkmale langer Unterernährung und Überarbeitung, und nur 5 Prozent waren imstande, die Tagesarbeit zu verrichten. Ich habe nie ein solch wüstes Bild gesehen und dabei war es ein so helles, sonniges Morgen. Wie wird es erst sein, wenn der Winter kommt? Kann wirklich nichts unternommen werden, um die Russen zur Beobachtung der Menschlichkeiten zu veranlassen? Bei ihnen sind noch 750 000 Kriegsgefangene, die zurückgeschickt werden wollen — sollen sie alle so zurückkommen?“

## „Russische Staatsangehörige“

„Das Andre Deutschland“ meldet in Nr. 12 vom 13. Oktober:

Wie der Informationsdienst des sowjetischen Nachrichtenbüros in Plauen (Vogtland) mitteilt, besitzen die Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, bereits seit 1943 die russische Staatsangehörigkeit. Wilhelm Pieck ist in Plauen erstmalig in der Uniform eines russischen Obersten der Nachrichtentruppe aufgetreten und hat in derselben Uniform kurz danach in Bad Elster eine Rede vor SED-Funktionären gehalten. In Fällen, in denen Wilhelm Pieck als russischer Offizier vor SED-Kreise tritt, begleitet ihn stets Otto Grotewohl in der Uniform eines russischen Majors und weitere drei bis fünf russische Offiziere, unter denen sich häufig Oberst Tulpanow befindet.

## UdSSR will Erfolge des Marshall-Planes verhindern

Moskau, 22. Okt. (Dena-INS). Die Sowjetunion werde „ihre gesamte Stärke“ darauf konzentrieren, daß der Marshall-Plan für Europa nicht zum Erfolg führe, sagte der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und sagte, er sei nicht gerechtfertigt und durch keine Wahl beschlossen. Nach den Ausführungen Edens kündigte Attlee das Gesetz zur Machteinschränkung des englischen Oberhauses an, gab aber zu, daß die Leitung des Oberhauses „klug und staatsmännisch“ gewesen sei.

KURZE STADTNOTIZEN

Die erste Auszahlung der Spenden aus Mitteln der K. N. G. an die Bedürftigen der Stadt Karlsruhe durch die städtische Wohlfahrtsverwaltung...

Neue Krankenzusatzkarten. Mit Beginn der 197. Zuteilungsperiode wurden neue Krankenzusatzkarten ausgeben...

Schweinefleisch. Das Ernährungsamt fordert die Bevölkerung auf, das aufgerufene Schweinefleisch umgehend einzukaufen...

Zum Internisten-Kongress. Die Quartiergeber werden ersucht, die Quartiere zu beziehen, auch wenn keine weitere Benachrichtigung erfolgt...

Die unbekannte Musikfreundin. Die am Freitagabend in der Kurbel für Blue Star Band einen Blumenkorb abgab...

Karlsruher Lebensversicherung. Im Rahmen des Winterprogramms am 24. und 25. Oktober...

Das Badsche Staatstheater wird für die folgenden 7 Konzerte der Badischen Staatskapelle ein Abonnement ausgeben...

Kammerspiele. Die Gastspiele von Gerd May sind auf einen späteren Zeitpunkt verlegt...

Geburtstage. Frau Luise Zoller, geb. Süpplé, feiert am 25. Oktober ihren 80. Geburtstag...

Beamtenkündigung. Zu einer Kündigung des Gesamtverbandes der öffentlichen Dienst in Baden...

Der Karlsruher Jugendklub (GYA). Amerikanischer Initiative ist es zu danken, daß die Karlsruher Jugend einen Club erhalten hat...

Ein Bag durch das Waschbrennereis. Das Civic Center - hiesig freudig erregte Kinderstimmen...

Die Karlsruher GYA trägt viel dazu bei, einen Bund der Freundschaft und des Vertrauens zu schaffen...

Die dankt verbundene Währungsreform. Die dankt verbundene Währungsreform...

Verloren / Gefunden. Br. Lehnsmittel-Tasche bei Lehnsmittel-Verl. Lass. Gute Belohnung...

Anteilige Bekanntmachungen. Weinauge in Gaststätten. An alle Verbr. ab 20 Jahre...

Vorbildliche Karlsruher Straßenbahn

Besfunktionierender und billigster Verkehrsbetrieb

Bei der ersten öffentlichen Stadtratssitzung am 20. d. Mts. entspann sich auch eine andere Seite...

Verordnung junger Polizeianwärter. In der Landespolizeischule in Durlach fand am Mittwoch, 20. Oktober...

Brod- und Fettsäuren für 3. Woche. In der dritten Woche der 197. Zuteilungsperiode werden in Württemberg-Baden folgende Brod- und Fettsäuren ausgegeben...

Der dreifache Mord in Jöhlingen

Zwei Verwandte unter dem Verdacht der Täter- und Mitwisserschaft verhaftet

Zu dem dreifachen Mord in Jöhlingen erfahren wir nach folgende Einzelheiten: Unter dem Verdacht der Täter- bzw. Mitwisserschaft wurden zwei Schwäger der Ermordeten Witwe Karoline Dehm...

Über den vermutlichen Hergang der Geschehnisse berichtet die Beschreibung der Tat ein blutiges Bett abgewaschen und im Holz versteckt hat...

Die Kriminalpolizei verfolgt noch eine weitere Spur, nämlich die zweier Männer aus dem Rheinland, die am Freitagnachmittag in Jöhlingen von Haus zu Haus hamsterten...

Wie wird das Wetter? Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst K'he. Einzelne schauer, Vorhersage bis Freitag...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

DE WIRTSCHAFT

Verwertung und Verteilung ehem. Rüstungsgüter

Unter besonderer Berücksichtigung der Hauptbetriebe (Bauh, Bergbau) der Weiterverteilung innerhalb der Länder...

Württemberg-Baden in Hannover. Mit 200 bis 220 Ausstellern hat sich das Land Württemberg-Baden...

Kasserverkehr bei 9 Geldinstituten am Platz Karlsruhe im III. Quartal 1947. Die Landeszentralbank im Württemberg-Baden...

Rekord in der Rohstoffproduktion. Mit einer Förderleistung von 202 000 t. Rohstoffen im September...

Wie wird das Wetter? Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst K'he. Einzelne schauer, Vorhersage bis Freitag...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Um den Wiederaufbau der Kaiserstraße

Einzelhandel mit Vorschlägen der Stadt nicht einverstanden

Der Landesverband des Einzelhandels Württemberg-Baden...

Die Einzelhandelsbetriebe der Kaiserstraße sind mit den Vorschlägen der Stadt nicht einverstanden...

Wirtschaftliche Neuordnung - aber wie? Zu diesem Thema sprach am Montag, 20. Oktober...

Standortwechsel des Sexualmörders? Neue Spur des Sexualmörders? - Verlegung des Täters bei Grötzingen...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Standortwechsel des Sexualmörders?

Neue Spur des Sexualmörders? - Verlegung des Täters bei Grötzingen

Die Kriminalpolizei verfolgt noch eine weitere Spur, nämlich die zweier Männer aus dem Rheinland...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...

Hotelluchmann sucht sich 60-100 Mille t. zu belei. oder übernahm Pachtge...